

Veith Selk

Warum Populismus?

1. Einleitung

Populismus wurde in der deutschen Sozialwissenschaft bis vor einigen Jahren noch als ein Nischenthema betrachtet. Ein Grund hierfür ist, dass populistische Parteien in der Bundesrepublik lange keine Rolle spielten. Ausnahmen hiervon sind die nahezu vergessene Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV)¹, eine mustergültig populistische Partei des ersten Bundestages, sowie die eine Zeitlang gemeinsam mit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) Hamburg regierende Schill-Partei (benannt nach Führungsfigur und Gründer Ronald B. Schill, einem ehemaligen Hamburger Richter, der als ‚Richter Gnadenlos‘ vor allem durch die *BILD* bekannt gemacht worden war).² In Anbetracht des Erfolges der Alternative für Deutschland (AfD), aber auch aufgrund der für viele Beobachter schockierenden Wahl Donald J. Trumps zum US-Präsidenten sowie im Angesicht der rechtspopulistischen Welle in Europa ist das Thema nun in aller Munde.³ Das ist kein Wunder, denn der Aufstieg des Populismus verunsichert sowohl die etablierten Politikerinnen und Politiker als auch viele Bürgerinnen und Bürger. Im Folgenden will ich dies zum Anlass nehmen, nach der Bedeutung des Populismus für die Demokratie zu fragen. Ich will so vorgehen, dass ich zunächst den Begriff des Populismus kläre (2.), um anschließend allgemeinere Gründe für die jüngere rechtspopulistische Welle zu erläutern (3.). Abschließend will ich auf drei gegenwärtige Demokratieprobleme hinweisen, auf die der Rechtspopulismus, so meine These, mit einer rückwärtsorientierten Politik reagiert (4.).

¹ WOLLER, 1984.

² EBD.

³ Innerhalb kurzer Zeit verwandelten sich derart viele Wissenschaftler in Experten für Populismus, dass altgediente Veteranen der Populismusforschung in den Sozialen Medien den folgenden Witz verbreiteten: „Talking about populism is like wearing skinny jeans. Everybody does it these days – whether it suits them or not.“

2. Was ist Populismus?

Populismus ist ein ambivalenter Begriff. Einerseits handelt es sich um ein diagnostisches Konzept, das gegenwärtige Probleme repräsentativer Demokratien beleuchten kann. Andererseits ist „Populismus“ ein Mittel der abwertenden Fremdbeschreibung und damit ein polemisches Instrument des Meinungskampfs. Mit ihm werden politisch Handelnde aus dem demokratischen Spektrum ausgegrenzt. Das lässt sich auch in der Sozial- und Politikwissenschaft beobachten.⁴ Die meisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler lehnen Populismus ab, und nur wenige derjenigen, die dies nicht tun, tun es öffentlich.

Die abwertende Fremdzuschreibung mithilfe des Populismus-Vorwurfs setzt einen entgegenkommenden Bedeutungskontext voraus. Wo, wie in Deutschland, Populismus mit negativen Eigenschaften assoziiert wird, ist eine negative Verwendung des Begriffs leichter möglich als beispielsweise in den USA, denn dort wird Populismus eher mit einer demokratischen Politik in Verbindung gebracht, die die Interessen und Ansichten der „ordinary people“ vertritt (obgleich in den Vereinigten Staaten die negative Konnotation des Begriffs seit einiger Zeit wirkmächtiger zu werden scheint).⁵

Dennoch finden sich auch in Deutschland Politikerinnen und Politiker, die den Begriff des Populismus zur Selbstbeschreibung nutzen. Alexander Gauland verkündete zum Beispiel, dass Populismus für ihn überhaupt „nichts Verwerfliches“ darstelle, denn Populismus würde doch wohl nur bedeuten, dass man „dem Volk aufs Maul“ schaue. Wie einst Luther, so suggeriert er, rebellieren die Populisten gegen das Establishment und verleihen dem Volk eine Stimme. Dieser Anspruch kann eigentlich nur dort sinnvoll erscheinen, wo der Stimme des Volkes überhaupt Gewicht zukommen soll und wo es zugleich ein Sprachrohr benötigt, welches seine Stimme zur Geltung bringt.

Im politischen Geschäft ist der Begriff des Populismus umkämpft und kontextabhängig. In der Wissenschaft ist das nicht anders.⁶ Dort wird der Begriff „Populismus“ beziehungsweise „Populist“ zudem mehrdeutig verwendet; in der Forschungspraxis fallen oftmals recht heterogene Phänomene darunter. Hierzu zählen:

⁴ Paradigmatisch bei: MÜLLER, 2016.

⁵ JÄGER, 2017; KAZIN, 1995.

⁶ Zum Folgenden: JÖRKE/SELK, 2017.

- der Agrarpopulismus der 1890er-Jahre (vor allem die Populist Party und ihre Nachwirkungen im Progressive Movement und im New Deal in den USA), aber auch die Narodniki in Russland;
- Populismus in Lateinamerika in der ersten Hälfte und am Ende des 20. Jahrhunderts (vor allem bei Peron und im Peronismus);
- die rechtspopulistisch-neoliberalen Steuerprotestparteien in Skandinavien seit den 1970er-Jahren;
- die neue Welle des Rechtspopulismus in Westeuropa seit den 1990er-Jahren;
- der ethno-nationalistische, christlich geprägte Rechtspopulismus in Osteuropa;
- der parteiförmige Linkspopulismus in Spanien, Griechenland und Lateinamerika, aber auch der bewegungsorientierte Linkspopulismus der *occupy*-Bewegung;
- die Tea-Party-Bewegung, Trump und seine Vorläufer wie Ross Perot;
- manchmal auch Autokraten wie Putin und Erdogan oder Neo-Faschisten wie Bolsonaro.

Trotz dieser Vieldeutigkeit des Begriffs stellt das Konzept des Populismus gleichwohl ein nützliches Instrument dar, um gegenwärtige Probleme der Politik in repräsentativen Demokratien zu beschreiben und zu analysieren. Zwecks einer ersten Annäherung sind hierfür zwei Ansätze hilfreich. Der erste Ansatz versteht *Populismus als Stil*⁷ beziehungsweise als ein Stilelement des Politikmachens von Politikern in Demokratien. Beispiele hierfür sind Gerhard Schröders unvergessliches „Hol mir mal ‚ne Flasche Bier, sonst streik‘ ich hier“, aber auch die bereits zur stereotypen Formel gewordene „klare Kante“, das Verspeisen von Currywurst im Wahlkampf sowie der publikumswirksame Anstich von Bierfässern. In das Repertoire des populistischen Stils gehören zudem die gezielt eingesetzte Provokation, die Schlagzeilen bringt und eine sichtbare Differenz markieren soll, sowie das „nah bei den Menschen sein“, welches oftmals durch den Anspruch ergänzt wird, vermeintlich populäre Ansichten und Forderungen aufzugreifen (in Abgrenzung zu anderen Politikerinnen und Politikern, die dies angeblich nicht tun).

Letztlich geht es bei dem populistischen Stil um die performative Symbolisierung von Volksverbundenheit, das heißt um die Inszenierung einer Verbundenheit mit der (Wahl-)Bürgerschaft. Die Beispiele, wie die „klare Kante“ und das „nah bei den Menschen sein“, zeigen allerdings auch, dass der populistische

⁷ MOFFITT/TORMEY, 2014.

sche Stil selbst zu einer stereotypen Formel erstarren kann (was offenbar zu den unvermeidlichen Erscheinungen professioneller Politik in der repräsentativen Demokratie gehört).

Die repräsentative Demokratie basiert normativ unter anderem auf dem Prinzip der Volkssouveränität, ist empirisch aber durch die Dominanz der politischen Eliten in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sowie der *professionals* (der politischen Klasse⁸) in den Parteien gekennzeichnet. Sie, die Eliten und die politische Klasse, treffen die politisch maßgeblichen Entscheidungen. In der realistischen Demokratietheorie hat sich deshalb zur Bezeichnung repräsentativer Demokratien der paradoxe Begriff der „demokratischen Elitenherrschaft“ eingebürgert. Er besagt im Wesentlichen, dass „repräsentative Demokratien“ keine „reinen“ Demokratien sind, sondern Mischsysteme. Sie verbinden demokratische Legitimation und Partizipation (vor allem durch regelmäßige freie und gleiche Wahlen) mit einer oligarchischen Regierungsform, in der Wenige über Viele herrschen.⁹ Das für die Bürgerinnen und Bürger sichtbarste Zeichen hierfür ist die Spaltung zwischen (wenigen) Repräsentanten und (vielen) Repräsentierten. Diese Spaltung muss permanent überbrückt werden, soll die demokratische Legitimation Bestand haben. Und dies wird nicht nur durch Wahlen, die Einwirkung der Bürgerinnen und Bürger auf die öffentliche Meinung und durch direkte bürgerschaftliche Partizipation erreicht, sondern eben auch symbolisch durch den populistischen Stil, den Repräsentanten gegenüber den Repräsentierten einsetzen und auf die politische Bühne bringen.¹⁰

Allerdings kann der populistische Stil auch von Politikaußenseitern gegen die etablierten Repräsentanten und damit gewissermaßen auch gegen deren bei einigen Wählerinnen und Wählern nicht mehr verfangenden Stil gewendet werden. Genau dies ist es, was Rechtspopulisten gegenwärtig betreiben. Prägnante Beispiele hierfür sind Nigel Farages Posieren mit Zigarette und Bierglas und Donald Trumps „Fast Food Bankette“ im Weißen Haus.

Trotz der nicht zu unterschätzenden Bedeutung dieses Stilelements im Populismus besteht dieser nicht nur aus einer bestimmten Inszenierungs- und Sprechweise. Zum Verständnis des Phänomens sind weitergehende theoretisch-begriffliche Überlegungen notwendig. Und hier kommt ein zweiter Ansatz der

⁸ VON BEYME, 1995.

⁹ STERNBERGER, 1990; WINTERS, 2011.

¹⁰ Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger selbst keine Politik treiben, sondern Zuschauer sind, die Politiker beobachten; HAMMER/KAJEWSKI, 2017.

Populismusforschung ins Spiel. Er begreift Populismus als eine *dünne Ideologie*.¹¹

Die populistische Ideologie, verstanden als Beschreibung des politischen Raums, besteht diesem Ansatz zufolge aus zwei Elementen: erstens aus der Unterscheidung zwischen einer korrupten Elite und einem guten Volk und zweitens aus der Auffassung, das Volk verfüge über einen einheitlichen Willen und der solle die Richtschnur der Regierungspolitik sein.¹² Populismus wird in diesem Ansatz als eine bestimmte Auffassung oder Beschreibung von Politik und Gesellschaft gedeutet, in deren Mittelpunkt ein spezifischer, meist symbolischer Anti-Elitismus und eine Idealisierung des reinen Volkswillens beziehungsweise des *common sense* und der *ordinary people* stehen. Diese Ideologie ist „dünn“, weil sie angereichert werden muss. Für sich allein lässt sich mit ihr keine Politik machen. In der politischen Wirklichkeit verbindet sich der „dünnen Ideologie“ Populismus deshalb mit politischen Programmatiken und Inhalten für die der Populismus ein Vehikel ist.

Die beiden genannten Ansätze erfassen etwas Wichtiges. Was unter Populismus im Kontext westlicher Demokratien zu verstehen ist, lässt sich jedoch nur durch eine ergänzende Beschäftigung mit der Demokratie selbst klären, denn der Populismus stellt nicht nur einen Stil und eine Ideologie dar, er ist überdies ein ambivalentes Reaktionsphänomen, das einen Bezug zur repräsentativen Demokratie aufweist. Der Populismus ist eine *Reaktion auf Probleme der Demokratie*.¹³ Hierzu zählen:

- die Verselbstständigung, Abschottung, Selbstbegünstigung oder gar Korruption der politischen Klasse;
- der Eindruck eines übermäßigen Einflusses der Eliten auf Politik;
- Repräsentationslücken, wenn die Repräsentation gesellschaftlicher Identitäten, Interessen, Ideen, Ansprüche und Konflikte nur lückenhaft erfolgt, beziehungsweise wenn Gruppen von Bürgern und Bürgerinnen diesen Eindruck haben;
- das Fehlen von Akzeptanz für weitreichende politische Entscheidungen und Probleme der Umsetzung von politischen Reformprojekten;
- das Bestehen oder der Eindruck von Politikversagen mit Blick auf drängende öffentliche Probleme.

¹¹ Zu „dünnen Ideologie“ siehe auch die Beiträge von Thomas Hoffmann und Benjamin Krämer in diesem Band.

¹² MUDDE, 2004.

¹³ JÖRKE/SELK, 2017, S. 51 ff.

Diese Erscheinungen stellen Ermöglichungsbedingungen für Populismus dar, denn sie erlauben es populistischen Politikerinnen und Politikern, die Tätigkeit der politischen Klasse so darzustellen, als sei sie nicht im Sinne „des Volks“. Während das Volk hierbei als eine authentische, gute Gemeinschaft dargestellt wird, wird die politische Klasse als eine korrupte Gemeinschaft beschrieben. Auf der einen Seite transportiert dies den Vorwurf, dass diese käuflich sei und das Gleichheitsversprechen der Demokratie verrate; auf der anderen Seite hat der Vorwurf der Korruption eine moralische Dimension. Die politische Klasse sei unmoralisch und selbstgerecht, sie werde von Ideologie oder Eigennutz getrieben, sie verhalte sich dekadent, sei nicht vertrauenswürdig und abgehoben, und sie sei weder repräsentativ noch responsiv. Sie handle nicht im Sinne des Gemeinwohls und missachte „das Volk“.

Populisten machen sich damit symbolisch zu den Fürsprechern des Volks und seines angeblichen Willens oder Wohls in Abgrenzung zu einer herrschenden, angeblich korrupten Klasse. Populisten etablieren damit nicht nur eine moralische Wir-Sie-Unterscheidung, die die politische Klasse in einem zweifelhaften Licht erscheinen lässt; sie berufen sich auch auf demokratische Prinzipien wie den Volkswillen, das Gemeinwohl und die Responsivität der Regierenden. Das ist möglich, weil Demokratie und demokratisches Regieren selbst eine inhärente Verbindung zum Populismus aufweisen. Der Politikwissenschaftler Michael Th. Greven hat diese als den „populistischen Zug“ der „Demokratie als Regierungspraxis“ beschrieben:

„Schon immer und legitimerweise besaß die Demokratie als Regierungspraxis einen populistischen Zug, der sich einerseits aus dem Wiederwahlwunsch der auf Zeit Regierenden ergab, und der andererseits über die Rückkopplung bei den seltenen Wahlen hinaus für ein gewisses Maß an Responsivität zu sorgen hatte.“¹⁴

Wird dieser „populistische Zug“ von der politischen Klasse nicht mehr hinreichend beachtet oder scheint er einigen Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr vorhanden zu sein, weil die Eliten übermäßig Einfluss auf die Politik gewinnen, ermöglicht dies populistischen Parteien und Politikern, sich in Abgrenzung zur politischen Klasse, in Konfrontation zu den Eliten und im Namen der Demokratie gleichsam als ein Korrektiv in Stellung zu bringen.

Allerdings weist dies mindestens eine starke Ambivalenz auf, weil Populisten diejenigen Prozesse, die sie als undemokratisch anprangern, ihrerseits oftmals

¹⁴ GREVEN, 2000, S. 139.

radikalisieren und verstärken.¹⁵ Dies geschieht unter anderem durch die Neigung populistischer Politiker zu:

- demagogischen Kampagnen;
- einer übermäßigen Symbolpolitik und aufstachelnder Verdammungsrhetorik („Sündenbock-Politik“);
- der Personalisierung struktureller Probleme;
- der Überzeichnung von Problemen und der vermeintlichen ‚Schwäche‘ der Staatsgewalt;
- einer aggressiven Freund-Feind-Rhetorik;
- einer illiberalen Regierungspolitik und der Beschränkung der Willensbildung zugunsten von „bonapartistischer“ Massenakklamation.

Aus diesem Grund sind die Übergänge eines Populismus *in* der Demokratie zu einem Populismus *gegen* die Demokratie fließend. Problematisch wird es vor allem dann, wenn Populisten sich als einzig legitime politische Kraft darstellen und ihre Kritik an demokratischen Regimen und Parteien zu dem Vorwurf verallgemeinern, dass die Korruption ein systemisches Ausmaß angenommen habe („das System ist verrottet“), das nur durch eine Anti-System-Politik beantwortet werden könne. Diese Tendenz findet sich im zeitgenössischen Rechtspopulismus. Anhand der AfD, in der es eindeutige Tendenzen in Richtung Rechtsradikalismus gibt¹⁶, lässt sich das Changieren zwischen einem Populismus in der Demokratie und einem Populismus gegen die Demokratie gut beobachten.

Mit Blick auf den Rechtspopulismus ist noch etwas Weiteres wichtig. Der populistischen Differenz zwischen korrupter Elite und gutem Volk fügen Rechtspopulisten eine weitere Unterscheidung hinzu: die Unterscheidung zwischen dem guten Eigenen (Volk, Nation, Gemeinschaft) und dem bedrohlichen Fremden. Das heißt, Rechtspopulisten konstruieren in ihrer politischen Mobilisierung das „eigene Volk“ als eine gute Gemeinschaft, die von zwei Seiten bedroht wird: von einer korrupten Klasse oder Elite und von Fremden. Hierbei kommt es zu einer Verquickung von Identitätspolitik mit Interessenpolitik. Das „eigene Volk“ wird als ein Kollektiv mit einer einheitlichen Identität und einem homogenen Interesse dargestellt. Beides, sowohl die Identität als auch das Interesse, werde von der politischen Klasse/Elite und den Fremden bedroht.

Diese „rechtspopulistische Ideologie“ ist als solche nicht politikfähig. Auch sie muss programmatisch gefüllt werden. Heutige rechtspopulistische Parteien und Politiker tun dies mit den folgenden Inhalten:

¹⁵ JÖRKE/SELK, 2017, S. 70 ff.

¹⁶ LINDEN, 2019.

- eine polemische Kritik am Parteienstaat und der politischen Klasse sowie die Ablehnung weitergehender Europäisierung und Globalisierung;
- die Forderung nach mehr direkter Demokratie, die durch ein starkes Pathos „authentischer“ Demokratie unterfüttert wird;
- die Ablehnung eines wohlfahrtsstaatlichen Universalismus zugunsten einer partikularistischen Wohlfahrtsstaatlichkeit, das heißt die Beschränkung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen für die „heimischen“ Bürgerinnen und Bürger;
- die Aufwertung tatsächlich oder vermeintlich „produktiver“ Menschen und die Abwertung tatsächlich oder vermeintlich „unproduktiver“ Menschen;
- die Hervorhebung von Kulturkonservatismus, Nationalstolz, Anti-Islamismus, Anti-Feminismus, und eine polemische Kritik der „political correctness“ und der Gender-Studies, die als Ausdruck einer kulturprägenden Herrschaftselite gedeutet werden;
- die Ablehnung von Migration (insbesondere von Muslimen), von Multikulturalismus und permissiver Kultur;
- das Versprechen der politischen, kulturellen und ökonomischen ‚Wiedererstarkung‘ und die Verheißung der Wiederherstellung eines goldenen Zeitalters und der Rückkehr zu „alter Größe“;
- *Law-and-order*-Politik, die Betonung von „Durchgreifen und Strafen“, Hervorheben der Bedeutung einer starken Staatsgewalt und der nationalen Souveränität;
- die ostentative Ablehnung derjenigen Programme und Werte „progressiver“ Parteien, Politiker, Publizisten und Milieus, die sich symbolisch zur Markierung einer Differenz zu einer angeblich herrschenden Kulturelite eignen (hierzu zählen etwa Vegetarismus, Klimaschutz und Ökologie, Feminismus, Urbanismus).

Insbesondere die Verbindung von Parteienstaatskritik, partikularistischer Wohlfahrtspolitik und Protektionismus mit kulturkonservativen Ideen und einem *law-and-order* Etatismus stellt mit Blick auf die Präferenzen einer spezifischen Wählergruppe eine erfolversprechende Strategie dar, denn nicht wenige Wählerinnen und Wähler sind frustrierte Links-Konservative. Für diese Gruppe ist charakteristisch, dass sie mit dem Funktionieren ihres politischen Systems unzufrieden ist, ökonomisch eine eher linke, auf Staatsintervention und Umverteilung abzielende Programmatik bevorzugt, gleichwohl leistungs- und arbeitsorientiert ist; kulturell und gesellschaftspolitisch hingegen vertritt

sie konservative bis reaktionäre Werte, und sie ist globalisierungsskeptisch.¹⁷ Sie ist unzufrieden mit der politischen Klasse und sehnt sich nach einem starken handlungsfähigen Staat und einer gut regierenden politischen Führung.

In Ermangelung von Parteien, die ein hierzu passendes „Angebot“ machen, in Verbindung mit einer öffentlichen Problemwahrnehmung von Migration als „Mutter aller Probleme“ (Horst Seehofer) und vor dem Hintergrund der Tendenz rechtspopulistischer Parteien, sozial- und wirtschaftspolitisch vom neoliberalen Paradigma Abstand zu nehmen, tendiert diese Gruppe vermehrt dazu, rechtspopulistische Parteien zu wählen.

Die Kernanhängerschaft des Rechtspopulismus sind die Facharbeiterschaft und das Kleinbürgertum. Seine Anziehungskraft reicht allerdings auch in andere Schichten, Klassen und Milieus hinein.¹⁸ Von Bedeutung ist außerdem die regionale Prägung der Wählerschaft, insbesondere (nicht: ausschließlich) „abgehängte“ Regionen und Wahlkreise weisen höhere Stimmengewinne für rechtspopulistische Parteien auf. Man kann sagen, dass sich die rechtspopulistischen Parteien tendenziell zu den Parteien der „kleinen Leute“ entwickeln oder bereits entwickelt haben. Vor allem infolge des Wegfalls der „Volkstribunats-Funktion kommunistischer und sozialdemokratischer Parteien¹⁹ erhalten sie in zunehmendem Maße Stimmen von „einfachen“ Arbeiterinnen und Arbeitern sowie von Arbeitslosen. In diesem Kontext ist die folgende Parole Björn Höckes bemerkenswert, die dieser bei seiner Rede auf dem Kyffhäuser-Treffen 2018 ausgab: „Die soziale Frage war das Kronjuwel der Linken, es war ihre Existenzgarantie. Und wenn wir als AfD glaubwürdig bleiben und entschlossen bleiben, dann können wir der Linken dieses Kronjuwel jetzt abjagen! Und das sollten wir tun!“²⁰

3. Was sind die Gründe für den Aufstieg des Rechtspopulismus?

Für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien sind *Gelegenheitsfenster* politischer Mobilisierung wichtig. Für die AfD war dies die „Eurokrise“ ab dem Jahre 2010. In der „Eurokrise“ drohten ein Zusammenbruch des Bankensystems, die Zahlungsfähigkeit einiger Länder der Europäischen Union (EU), eine wirtschaft-

¹⁷ LEFKOFRIDI/WAGNER/WILLMANN, 2014.

¹⁸ PRIESTER, 2012.

¹⁹ CAMUS, 2017, S. 25.

²⁰ LINDNER, 2018.

liche Depression und ein Auseinanderbrechen der EU. Die AfD positionierte sich erfolgreich als Partei gegen den EURO – den sie als ein abgehobenes Elitenprojekt darstellte, das nicht dem Wohle des deutschen Volkes diene. Das zweite Gelegenheitsfenster für die AfD war die sogenannte „Flüchtlingskrise“ und der islamistische Terrorismus.

Hinzu kommen je spezifische Kontextfaktoren, zu denen die jeweilige politische Kultur, Mentalitäten, sowie die Wahl- und Parteiensysteme gehören. Und daneben gibt es noch allgemeinere Ermöglichungsbedingungen, die den Boden für den Populismus bilden. Im Folgenden möchte ich einige dieser allgemeineren Bedingungen etwas näher betrachten.

Als erstes ist hier die *fortlaufende Modernisierung* zu nennen. Populismus reagiert auf Modernisierung, das heißt, er stellt eine politische Antwort auf beschleunigten Strukturwandel, die Entwertung von Traditionen, sozio-ökonomische Transformationsprozesse sowie Pluralisierungs- und Individualisierungstendenzen dar. Insbesondere die „Modernisierungsverlierer“ (und die Bürgerinnen und Bürger, die sich dafür halten) werden vom Populismus angesprochen. Es handelt sich um diejenigen, die den Eindruck haben, durch den Lauf der Dinge materiell wie ideell oder kulturell etwas verloren zu haben oder in Zukunft verlieren zu werden.²¹

Ein weiterer Grund für den Aufstieg des Populismus ist der *Wandel der politischen Kommunikation*. Die Empfänglichkeit der klassischen Massenmedien für den populistischen Stil ist schon länger ein Vorteil für rechtspopulistische Politiker, die sich dieses Mittels recht skrupellos bedienen. Aufgrund ihrer Präferenz für Konflikte und Skandale in ihrer Berichterstattung liefern die Massenmedien diesen dauerhaft eine Bühne. Hinzu kommt, dass sich infolge der Digitalisierung der politischen Kommunikation eine digitale Gegenöffentlichkeit herausgebildet hat, die die normative Filterfunktion der klassischen Massenmedien schwächt. Wenn die klassischen Medien über Rechtspopulismus berichten, tun sie dies oftmals mit einer negativen Bewertung beziehungsweise mit einer unterschweligen Delegitimierung. Die digitale Gegenöffentlichkeit umgeht diese normative Filterung, da es mittels der Neuen Medien möglich ist, ein je eigenes „politisches Framing“ zu betreiben, eigene Themen zu setzen und eigene Narrative zu kommunizieren. Zudem lässt sich auf diesem Wege die normative Filterfunktion der klassischen Medien als eine Form politischer Propaganda und Meinungskontrolle skandalisieren. Das schürt Misstrauen und

²¹ JÖRKE/SELK, 2017, S. 98 ff.

führt bei einem Teil der Bürgerschaft zum Verlust des Vertrauens in konventionelle Arenen der Meinungsbildung („Lügenpresse“).²²

Sozio-ökonomisch trägt zum Aufstieg des Populismus bei, dass große Teile der Unter- und Mittelschichten in den letzten Jahrzehnten nicht nur Lohnstagnation und eine verstärkte Arbeitsplatzunsicherheit haben hinnehmen müssen, sondern auch eine Umverteilung nach oben beobachten konnten. Hinzu kommt, dass viele Menschen auch deshalb nicht mehr an die Leistungsideologie („Leistung lohnt sich“) und das Aufstiegsversprechen glauben, auf denen die Legitimation des „demokratischen Kapitalismus“ basiert. Auftrieb bekommt der Rechtspopulismus überdies dadurch, dass er *sozialpsychologisch* durch um sich greifende und politisierbare Ängste wie Globalisierungsangst, Abstiegsangst und die Angst vor ausländischer Konkurrenz begünstigt wird, die sich teilweise in der Aggression und der Abwertung Schwächerer sowie der Angst vor Fremden ausdrücken.²³

Soziomoralisch und *soziokulturell* hat in den westlichen Gesellschaften zudem ein bemerkenswerter Wandel stattgefunden. Es haben nicht nur postmaterielle Wertorientierungen an Bedeutung gewonnen, es gibt nun auch auf der Ebene der politischen Kultur die Normen der „political correctness“, eine stärkere Betonung von Nichtdiskriminierung, mehr sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und Differenzenerfahrungen durch den Multikulturalismus. Insgesamt kam es zu einer Bedeutungszunahme liberaler Werte. Zudem sind alle westlichen Demokratien mittlerweile multikulturelle Gesellschaften und deren Multikulturalität wird sich durch Migrationsbewegungen noch verstärken. Keine der etablierten Parteien wendet sich gegen diese Entwicklung, obwohl es in der Bürgerschaft nicht wenige gibt, die den Multikulturalismus ablehnen und insbesondere die Immigration von Muslimen als Problem ansehen. Hinzu kommt, dass infolge einer *vernachlässigten politischen Integration* der Zugewanderten die Bürgerschaft und die Bevölkerung auseinandertreten. Hierdurch entsteht ein relativ großes Segment an Menschen, die dauerhaft auf einem Staatsgebiet leben, aber dort über nur eingeschränkte Bürgerrechte verfügen. Sie sind als „Subjekte zweiter Klasse“ eine leichte Zielscheibe für rechtspopulistische Agitation.

Außerdem findet in den westlichen Demokratien der Prozess einer *Moralisierung der Öffentlichkeit* statt. Vermehrt werden Themen, Begriffe und Forderungen als unmoralisch oder schlecht aus der Willensbildung und Repräsentation

²² COLEMAN/FREELON, 2016.

²³ ZICK/KÜPPER/BERGHAN, 2019.

herausgedrängt.²⁴ Dies kann in Demokratien aber nicht gelingen, sondern führt nur zu einer Aufladung öffentlicher Debatten mit moralischen Kategorien, die politische Kategorien zusehends verdrängen. Problematisch daran ist, dass den Demokratien damit die Fähigkeit abhanden zu kommen droht, Konflikte in einem politischen Register auszutragen.

Parteipolitisch kam es schon vor längerer Zeit zur Entstehung von professionalisierten Kartellparteien²⁵, die die Willensbildung zu monopolisieren trachten und den „politischen Markt“ unter sich aufteilen. Dies geht seit der Jahrtausendwende mit einer fehlenden Parteidifferenz in zentralen Konfliktfeldern einher. Sehr vereinfacht kann man sagen, dass sich die Parteien in den „großen Fragen“ stärker angeglichen haben (sicher nicht in ihren Parteiprogrammen, aber durchaus in ihrer Regierungspolitik und ihren Wahlkämpfen). Verstärkt wird dies durch die *t.i.n.a.*-Rhetorik (*there is no alternative*) der politische Klasse und vor allem durch die Schwächung der Kerninstitutionen der Demokratie, insbesondere der Parteien und der Parlamente. Diese Entwicklung wird in der Politikwissenschaft unter dem Stichwort der „Postdemokratie“ diskutiert.²⁶ Der Begriff besagt, dass die zentralen Institutionen der Demokratie wie Parlamente, Parteien und Wahlen noch existieren, sie aber gewissermaßen „leerlaufen“, weil sie kaum noch über Relevantes entscheiden. Dadurch wird das legitimierende Band zwischen der Wahlentscheidung und der Regierungspolitik durchschnitten. Demgegenüber symbolisieren Rechtspopulisten mit ihren Schlagworten „there is an alternative“ und „take back control“ die Rückkehr der demokratischen Politik. Sie stehen symbolisch für eine politische Alternative, die wählbar ist und einen Unterschied macht.

Durch diese Angleichung der Parteien entstand der Eindruck, dass die für die Demokratie so zentrale Opposition fehlt. Zudem symbolisieren die Parteien und ihr Führungspersonal politische Identitäten, die für einen Teil der Bürgerinnen und Bürger nicht attraktiv erscheinen. Sie erkennen sich nicht darin wieder. Wichtig für den Aufstieg des Rechtspopulismus ist deshalb ein weiterer Faktor: *der vorherrschende politische Stil* der etablierten Politikerinnen und Politiker. Er ist tendenziell eher nüchtern und technokratisch (gewissermaßen als das Pendant zur Formel, die herrschende Politik sei „alternativlos“). Nicht wenige Wählerinnen und Wähler, insbesondere Protestwählerinnen und -wähler, wollen aber leidenschaftliche Politik, die ihre Emotionen und ihre Unzufrieden-

²⁴ JÖRKE/SELK, 2015.

²⁵ KATZ/MAIR, 1995.

²⁶ CROUCH, 2008.

heit zum Ausdruck bringt. Deshalb ist es kein Zufall, dass unter den rechtspopulistischen Spitzenpolitikern viele Dilettanten und „schräge Vögel“ sind. Das symbolisiert Differenz zur politischen Klasse und markiert einen Unterschied zu dem politischen Professionalismus, von dem sich nicht wenige Wählerinnen und Wähler mittlerweile nicht mehr viel erhoffen.

Wesentlich für den Erfolg des Rechtspopulismus ist vor allem, dass Globalisierung und Europäisierung eine *neue Konfliktlinie* hervorgebracht haben. Der Begriff der Konfliktlinie bezeichnet strukturell verankerte sozio-kulturelle, regionale oder ökonomische Gegensätze, die ein Produkt der Modernisierung sind (etwa Protestantismus gegen Katholizismus; Stadt gegen Land; Arbeit gegen Kapital; Fortschritt gegen Reaktion). Im Gefolge der Entstehung der modernen Parteien wurden diese Konflikte einerseits verstärkt politisiert, da die Parteien jeweils einen Pol dieser Konflikte artikulierten und repräsentierten (etwa die „Arbeit“ gegenüber dem „Kapital“), andererseits wurden sie aber auch befriedet, wenn es gelang, die Parteien in einem politischen System auf Kompromissbildung und Interessenausgleich zu verpflichten.

Im Zuge der fortgeschrittenen Globalisierung und Europäisierung, die mit einer Schwächung nationalstaatlicher Souveränität und einer Öffnung der Staaten für Kommunikations-, Migrations-, Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalströme einherging, hat sich eine neue Konfliktlinie herausgebildet. Sie verläuft zwischen den Befürwortern von Öffnung und vertiefter Integration und den Befürwortern von Schließung und Abgrenzung. In der Politikwissenschaft wird der aus diesem Gegensatz zwischen Öffnung und Schließung erwachsende Konflikt „demarcation-integration conflict“ genannt.²⁷ Auf ihn zielen die Rechtspopulisten ab. Und hieraus wird auch die zentrale Bedeutung von „Mauern“ und „Grenzen“ in der rechtspopulistischen Mobilisierung verständlich. Die Rechtspopulisten sind damit symbolisch die Parteien der Begrenzung beziehungsweise der Schließung. Es bahnt sich mithin eine neue parteipolitische Differenz an: die Differenz zwischen kosmopolitischen Befürwortern von Liberalisierung (ökonomisch, politisch, kulturell) und traditionalistischen Verfechtern der Schließung.

4. Rechtspopulismus als eine Reaktion auf drei gegenwärtige Demokratieprobleme

Ich will mit der Beschreibung von drei gegenwärtigen Demokratieproblemen abschließen, die meiner Ansicht nach zum Aufstieg des Rechtspopulismus bei-

²⁷ KRIESI/GRANDE/LACHAT/u. a., 2006.

tragen, aber auch darüber hinaus für die Legitimität der Demokratie in Zukunft von großer Bedeutung sein werden. Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist, so die These, eine rückwärtsorientierte Reaktion auf Probleme demokratischer Regime.

Erstens haben wir es seit geraumer Zeit mit einer *Zunahme politischer Komplexität* zu tun. Politik findet heutzutage unter Beteiligung einer großen Zahl politischer Akteure statt, zu denen nicht nur professionelle Politiker aus der politischen Klasse gehören, sondern auch Vertreter von NGOs, Berater, Lobbyisten, Journalisten, Experten und zahlreiche andere Akteure. Die politischen Arenen haben sich entsprechend vervielfältigt und erweitert, bis hinauf in die EU und die globale Ebene. Dies erhöht nicht nur die Zahl der an politischer Kommunikation Beteiligten, sondern führt auch zu einer Diffusion von Verantwortung. Wer über was mit welchen Folgen entschieden hat, das ist infolge der komplexen Formen des Regierens jenseits des Staates, innerhalb des Exekutivföderalismus der EU sowie außerhalb der parlamentarischen Arenen in den zahlreichen „Konsensrunden“, Expertenkommissionen, „Bürgerdialogen“, „runden Tischen“ und „Gipfeltreffen“ immer schwerer zu sagen. Die Politik wird informaler und undurchsichtiger. Dies macht es nicht nur schwieriger, kohärent und zweckrational zu regieren, es lassen sich auch kein eindeutiger Mehrheitswille oder eine klare öffentliche Meinung ausmachen, auf die die Leitlinien und die Ergebnisse von Politik sinnvoll bezogen werden könnten. Dies schwächt die Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie, allen voran die Parlamente, und es erschwert den Parteien, in Wahlkampagnen glaubhaft klare programmatische Alternativen zu formulieren. Die Zunahme politischer Komplexität verletzt dadurch eine Voraussetzung demokratischer Legitimität: die Verständlichkeit und Verstehbarkeit von Politik.

Zweitens kommt es zu einer Abnahme der *Trennung von sozialer Ungleichheit und politischer Herrschaft*. Demokratie kann nur dann verwirklicht werden, wenn die stets bestehende soziale Ungleichheit durch institutionelle und verfahrensmäßige Mechanismen an dem Eindringen in den politischen Prozess gehindert wird. Das Prinzip der politischen Gleichheit darf nicht bloß normativ anerkannt sein, sondern es muss auch für die reale Politik eine praktische Bedeutung genießen. Infolge der Schwächung der formalen Gleichheit institutionalisierender Verfahren und Institutionen repräsentativer Demokratie gelingt dies immer weniger. Empirisch wurde nachgewiesen, dass in der Bundesrepublik die Armen sowohl auf der Input-Seite des politischen Prozesses (hinsichtlich ihrer Beteiligung und ihrer Forderungen) als auch auf der Output-Seite (hinsichtlich der getroffenen Entscheidungen) gegenüber den Reichen benachteiligt

sind.²⁸ Mehr noch: Die Interessen und Forderungen der Reichen übertrumpfen diejenigen Interessen und Forderungen aller anderen sozialen Gruppen.

Die soziale Selektivität unseres Bildungssystems und die zu einem großen Maße politisch bestimmte ungleiche Verteilung von Lebenschancen und Machtressourcen verstärken diesen Prozess. Grob vereinfacht kann man sagen: die Abgedrängten, weniger Gebildeten und Armen sind weniger beteiligt und in der Folge wird auch weniger Politik für sie gemacht. Dies wiederum führt dazu, dass ihre Benachteiligungen verfestigt und „vererbt“ werden. Dieser Prozess führt auf lange Sicht zur Auflösung einer zentralen Voraussetzung von Demokratie, der „sozialen Homogenität“²⁹, und zur Erhöhung einer zentralen Gefährdungsquelle der Legitimität von Demokratie, der politischen Ungleichheit.

Drittens können wir in den letzten Jahren eine *Zunahme von Präventionspolitik* beobachten, die einhergeht mit einer *Abnahme von Gestaltungspolitik*. Die ad-hoc und situativ ausgelöste Politik im Krisenmodus (Stichworte sind hier: Finanz- und Eurokrise, Flüchtlingskrise, Terroranschläge und Klimakrise) führt einerseits zu einer Stärkung der Exekutive gegenüber der Legislative, andererseits sorgt sie auch für einen Bedeutungsgewinn von Präventionspolitik, der es um das kurz- und langfristige Mildern oder Bekämpfen von Krisenfolgen geht. Begleitet wird dies von einem wirkmächtigen politischen Diskursmuster, das stark auf „Sicherheit“ abhebt und demokratische Freiheitsrechte demgegenüber abwertet.

Wir können auch eine kulturell sehr bedeutsame Liberalisierungspolitik beobachten, die im Bereich der persönlichen Lebensführung Freiheitsspielräume erweitert und Diskriminierungen beseitigt hat, aber dies wurde auf sozio-ökonomischem Gebiet von der Abnahme der Fähigkeit und des Willens zur langfristig planenden Gestaltungspolitik begleitet. Insgesamt kommt es zur Abnahme von institutioneller Diskriminierung („Ehe für alle“), der Einschränkung von politischen Bürgerrechten sowie der Abnahme der kollektiven Gestaltungsfähigkeit.³⁰ Eine demokratische Steuerung der Gesellschaft, die grundlegende institutionelle Reformen im Sinne der kollektiven Verbesserung der Lebensumstände ins Auge fasst, scheint vielen Menschen mittlerweile als nicht mehr wahrscheinlich.

Meine These ist, dass Rechtspopulismus alle drei Tendenzen ausnutzt. Die überbordende Komplexität der Politik und die damit einhergehende Diffusi-

²⁸ ELSÄSSER/HENSE/SCHÄFER, 2017; SCHÄFER, 2015.

²⁹ HELLER, 1928.

³⁰ STRECK, 2008.

on von Verantwortung beantwortet er mit zuspitzenden Vereinfachungen und klaren Verantwortungszuschreibungen. Im Angesicht der Erosion sozialer Homogenität verspricht er sozialpolitische Kompensationen und die Rückkehr zu einer vergangenen, vermeintlich großartigen ethnischen oder kulturellen Gemeinschaft. Der Zerfaserung des Staates in zahlreiche *Governance*-Arrangements begegnet er schließlich mit dem Versprechen des „Durchregierens“ seitens einer durchsetzungstarken Regierungszentrale, die den vermeintlichen „Volkswillen“ umsetzt und das Sicherheitsversprechen eines angstfreien Lebens einlöst. Er propagiert auch eine Revitalisierung der kollektiven Handlungsfähigkeit. Er symbolisiert politische Handlungsmacht und eine Abkehr vom Pfad der „alternativlosen“ Politik. Das diesem reaktiven und protestförmigen Programm zugrunde liegende Ideal ist das einer nationalstaatlich geprägten „Demokratie alter Schule“, in der diejenigen Institutionen, Lebensformen und Verhältnisse gestärkt beziehungsweise wiederhergestellt werden, die durch die beschleunigte Modernisierung und den politischen, kulturellen und ökonomischen Wandel erodiert oder transformiert worden sind. Hierzu zählen in erster Linie die bürgerliche Kleinfamilie, das traditionelle „heteronormative“ Geschlechterverhältnis, die ethno-nationale Gemeinschaft und ihre „Leitkultur“, die staatliche Souveränität und die damit einhergehende Möglichkeit steuernder Politik, die Mehrheitsdemokratie und der vermeintlich „Wohlstand für alle“ schaffende Industriekapitalismus alter Prägung. Auf die Bundesrepublik angewandt, lautet die rechtspopulistische Antwort auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Zumutungen der Berliner Demokratie: zurück zur guten alten Bonner Republik!

Mit all dem soll nicht der Eindruck erweckt werden, dass es keine anderen Ursachen und Gründe für die jüngere Welle des Rechtspopulismus gibt; hierzu zählen etwa xenophobe und illiberale Einstellungen in der Bürgerschaft. Doch sein Aufstieg und seine Attraktivität für nicht rechtsradikale Wählerinnen und Wähler erklären sich zu einem großen Teil aus den drei genannten Tendenzen. Zwar bietet er weder normativ überzeugende noch praktikable Lösungen an, die Umstände spielen ihm dennoch, zumindest kurz- und mittelfristig, in die Hände.

5. Literaturverzeichnis

- CAMUS, Jean-Yves: Kann der Front National an die Macht kommen?, in: HILLEBRAND, Ernst (Hg.): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?, Bonn 2017, S. 24–30.
- COLEMAN, Steven/FREELON, Deen: Introduction. Conceptualizing Digital Politics, in: COLEMAN, Steven/FREELON, Deen (Hg.): Handbook of Digital Politics, Cheltenham 2016, S. 1–13.

- CROUCH, Colin: Postdemokratie (Edition Suhrkamp 2540), Frankfurt am Main 2008.
- ELSÄSSER, Lea/HENSE, Svenja/SCHÄFER, Armin: „Dem deutschen Volke“? Die Responsivität des Bundestages, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27 (2017), S. 161–180.
- GREVEN, Michael Th.: Kampagnenpolitik, in: GREVEN, Michael Th. (Hg.): Kontingenz und Deziision. Beiträge zur Analyse der politischen Gesellschaft (Studien zur politischen Gesellschaft 3), Opladen 2000, S. 137–150.
- HAMMER, Dominik/KAJEWSKI, Marie (Hg.): Okulare Demokratie. Der Bürger als Zuschauer, Bielefeld 2017.
- HELLER, Hermann: Politische Demokratie und soziale Homogenität, in: DRATH, Martin/STAMMER, Otto/NIEMEYER, Gerhart u. a. (Hg.): Gesammelte Schriften, Bd. 2, Leiden 1928, S. 421–433.
- JÄGER, Anton: The Semantic Drift. Images of Populism in post-war American Historiography and their Relevance for (European) Political Science, in: Constellations. An nternational Journal of Critical and Democratic Theory 24 (2017) 3, S. 310–323.
- JÖRKE, Dirk/SELK, Veith: Der hilflose Antipopulismus, in: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft 43 (2015) 4, S. 484–499.
- JÖRKE, Dirk/SELK, Veith: Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg 2017.
- KATZ, Richard S./MAIR, Peter: Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics. The International Journal for the Study of Political Parties and Political Organizations 1 (1995) 1, S. 5–28.
- KAZIN, Michael: The Populist Persuasion. An American History, Ithaca/London 1995.
- KRIESI, Hanspeter/GRANDE, Edgar/LACHAT, Romain u. a.: Globalization and the transformation of the national political space. Six European countries compared, in: European Journal of Political Research. Official Journal of the European Consortium for Political Research 45 (2006) 6, S. 921–956.
- LEFKOFRIDI, Zoe/WAGNER, Markus/WILLMANN, Johanna E.: Left-Authoritarians and Policy Representation in Western Europe. Electoral Choice across Ideological Dimensions, in: West European Politics 37 (2014) 1, S. 65–90.
- LINDEN, Markus: Des Teufels Generäle. Der Geschichtsrevisionismus der AfD liegt offen auf dem Tisch, in: Neue Zürcher Zeitung, 2019, URL: <https://>

www.nzz.ch/feuilleton/geschichtsrevisionismus-der-afd-liegt-offen-auf-dem-tisch-ld.1523714 (26. November 2019).

LINDNER, Nadine: AfD-Parteitag in Augsburg. Selbstzufrieden trotz programmatischer Lücken, in: [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de/afd-parteitag-in-augsburg-selbstzufrieden-trotz.724.de.html?dram:article_id=421680), 2018, URL: https://www.deutschlandfunk.de/afd-parteitag-in-augsburg-selbstzufrieden-trotz.724.de.html?dram:article_id=421680 (23. Juli 2019).

MOFFITT, Benjamin/TORMEY, Simon: Rethinking Populism. Politics, Mediatization and Political Style, in: *Political Studies* 62 (2014) 2, S. 381–397.

MUDDE, Cas: The Populist Zeitgeist, in: *Government and opposition: An International Journal of Comparative Politics* 39 (2004) 4, S. 541–563.

MÜLLER, Jan-Werner: Was ist Populismus?, Berlin 2016.

PRIESTER, Karin: Rechter und linker Populismus. Annäherungen an ein Chamäleon, Frankfurt am Main/New York 2012.

SARTORI, Giovanni: *Demokratietheorie*, Darmstadt ³2006.

SCHÄFER, Armin: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet (Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 81), Frankfurt am Main/New York 2015.

STERNBERGER, Dolf: Die neue Politie. Vorschläge zu einer Revision der Lehre vom Verfassungsstaat, in: STERNBERGER, Dolf: *Schriften*, Bd. 10, herausgegeben von Peter Haungs, Klaus Landfried, Elsbet Orth und Bernhard Vogel, Frankfurt am Main 1990, S. 156–231.

STRECK, Wolfgang: Von der gesteuerten Demokratie zum selbststeuernden Kapitalismus. Die Sozialwissenschaften in der Liberalisierung (MPIfG Working Paper 08/7), Köln 2008.

VON BEYME, Klaus: Die politische Klasse im Parteienstaat (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 1064), Frankfurt am Main ²1995.

WINTERS, Jeffrey A.: *Oligarchy*, Cambridge 2011.

WOLLER, Hans: Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung, in: STÖSS, Richard (Hg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Bd. 2: FDP bis WAV (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 39), Opladen 1984, S. 2458–2481.

ZICK, Andreas/KÜPPER, Beate/BERGHAN, Wilhelm (Hg.): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*, Bonn 2019.